

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Frühjahr 1960

Das Wirtschaftsleben Mitteldeutschlands stand im Frühjahr 1960 völlig unter dem Eindruck der *totalen Kollektivierung der landwirtschaftlichen Produktion*, die auch die Obst- und Gartenbaubetriebe, die Geflügelzüchtereien und die Mühlenbetriebe mit erfaßte. Daß dabei meist mit brutaler Gewalt und mit der ganzen Vielfalt kommunistischen Terrors vorgegangen wurde, braucht hier nicht noch einmal ausgeführt zu werden. Die westdeutsche Presse hat darüber ausführlich berichtet. Waren zum Jahresende 1959 erst 50 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche der SBZ in kollektiver Bewirtschaftung, so stieg dieser Anteil in den folgenden Monaten schnell, auf rd. 80 vH Ende März und auf 100 vH im April. Dieses Planziel des Siebenjahresplanes ist also weit vor dem vorgesehenen Termin erreicht worden.

Auf die Frage nach dem Grund dieser ungewöhnlich forcierten Entwicklung mag es eine Menge von Antworten geben. Es kann jedenfalls nichts ohne die Zustimmung aus dem Kreml geschehen. Und hier liegt vielleicht der wichtigste Grund dieser Landwirtschafts-Revolution.

Chruschtschows besonderes Interesse gilt auch in der Sowjetunion der Landwirtschaft. Seine Lieblingsidee ist die Bildung von Agrostädten, und viel Energie verwandte er auf die Maßnahmen zur Erschließung von Neuland. Es hat dabei zum Teil schwere Pannen gegeben. Der Widerstand gegen diese Maßnahmen dehnte sich dabei bis in seine nächste Umgebung aus. Bisher führende Funktionäre mußten über die Klinge springen. Am wenigsten Widerhall fand Chruschtschows Agrar-Radikalismus unter den Ost-Satelliten in Polen, wo erst 2 vH der landwirtschaftlichen Produktion kollektiviert worden sind. In dieser Situation wird ihm der Übereifer seines gelehrigsten Schülers in Pankow gerade recht gekommen sein. Auf dem Versuchsfeld Mitteldeutschland sollte den Gegnern der Agrarpolitik Chruschtschows bewiesen werden, daß er recht hatte. In den Ausführungen der mehrere Stunden langen Rede *Ulbrichts* auf der 8. Tagung des ZK der SED Ende März dieses Jahres mit dem Titel „Der Kampf der sozialistischen Staaten für einen Überfluß an landwirtschaftlichen Produkten und die Erhöhung der Marktproduktion der LPG in der DDR“ scheint oftmals Chruschtschow selber zu Worte zu kommen.

Ulbricht rankte eine unbeschreibliche Fülle von fachtechnischen Einzelfragen um das Grundproblem der Entwicklung zur genossenschaftlichen, sprich kollektivistischen, Großproduktion

und der Planung des sozialistischen Dorfes und der *Landstädte*. Beständen in einem Dorfe mehrere LPG unterschiedlichen Typs, so müsse schon heute die spätere Vereinigung zu einer Groß-LPG als Perspektivplan feststehen. Um-schließe eine LPG mehrere Dörfer, so sei der gemeindliche Zusammenschluß unter Heraus-bildung eines mit allen Errungenschaften städ-tischer Zivilisation ausgerüsteten Zentrums, also einer Agrostadt, das spätere Ziel. Ulbricht nannte als Größendurchschnitt der LPG eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 1000 bis 2000 ha. 1955 lag die Durchschnittsgröße der LPG erst bei 250 ha. Ja, er verstieg sich zu ukrainischen Maßstäben, als er davon sprach, daß künftig die großen LPG per Flugzeug ge-düngt werden sollten!

Es lohnt sich, diese Rede Ulbrichts gründ-lich zu lesen. Sie weist auf eine Fülle unge-löster Probleme hin und bietet mehr als genug Ansatzpunkte zur Analyse der mitteldeutschen Wirtschaftslage.

Der Klassenkampf ist nunmehr in der SBZ beendet; denn Ulbricht führte aus: „In der DDR gibt es keine feindlichen Klassen mehr“. Man muß dazu wissen, daß nach dem Abschluß der landwirtschaftlichen Vollsozialisierung alle pri-vaten Einzelhändler der SBZ zum Abschluß von Kommissionsverträgen mit dem Staatlichen Ein-zelhandel, der HO, gezwungen worden sind. Auch das private Handwerk geht seinem sozialistischen Ende entgegen. Die übrigen Rudimente privat-wirtschaftlicher Substanz in der SBZ — 4 vH der Industrieproduktion, 15 vH der Bauindu-strie, 2 vH des Großhandelsumsatzes, 4 vH der Verkehrsbetriebe und die private Woh-nungswirtschaft — haben ohnehin keine eigen-ständige Bedeutung mehr.

Den Juristen wird es interessieren, daß die LPG nicht als staatliche oder halbstaatliche Be-triebe gelten, sondern die Rechtsfähigkeit als „selbständiger sozialistischer landwirtschaftlicher Großbetrieb“ erhalten. Der in die LPG einge-brachte Boden sei nach wie vor Eigentum der Genossenschaftsbauern, die außerdem Besitzer von Haus und Hof blieben. Zusätzlich würden sie Mitbesitzer der durch gemeinsame Leis-tungen geschaffenen Produktionsmittel. — Das hat aber alles nur theoretische Bedeutung und wird in absehbarer Zeit völlig vergessen worden sein. Dafür werden schon die LPG-Mitglieder sorgen, die als sonstige landwirtschaftliche Fach- oder Hilfskräfte ohne bäuerliches Eigentum in die Genossenschaft eingetreten sind.

Im Jahre 1960 sollen 450 000 ha oder 10 vH der Ackerfläche dem Anbau von Mais dienen. Daran fehlten Anfang April noch rd. 100 000 ha. Auch im Zwischenfruchtanbau sind die gesteckten Ziele bisher nicht erreicht worden. Besondere Sorge bereiten die wasserwirt-schaftlichen und Meliorationsmaßnahmen, die nach Ulbricht „in den zurückliegenden Jahren

eine völlig ungenügende Beachtung gefunden haben“. In den nächsten Jahren sollen 420 000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche in das Meliorationsprogramm einbezogen werden. Dafür sollen „im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes breite Schichten der Bevölkerung zur Mitarbeit“ gewonnen werden. Das wird für viele Beschäftigte in der SBZ die erhoffte Verkürzung der Arbeitszeit illusorisch machen; denn die geplante Mitarbeit der Bevölkerung soll sich zusätzlich zur normalen Tagesarbeit vollziehen.

An dem Kernproblem der bisher ungenügenden Mechanisierung und Technisierung der Landarbeit konnte Ulbricht nicht vorbeigehen. Es fehlt in großem Stil an Maschinen und Ersatzteilen. „Unsere derzeitige Traktorenkapazität entspricht diesen Anforderungen (der Vollmechanisierung) keinesfalls und ist hinter dem Welthöchststand zurückgeblieben. Das Weltniveau, besonders hinsichtlich Zugkraft, Bodendruck, Arbeitsgeschwindigkeit, Treibstoffverbrauch usw., ist nicht erreicht.“ Viel ernster noch sei die Lage in der Bereitstellung von Ersatzteilen, was sich in der gesamten Republik bei fast allen Betrieben auswirke. Allein im Bezirk Chemnitz seien 180 Traktoren wegen fehlender Kolben und Zylinderlaufbuchsen nicht einsatzfähig. Solche Teile zu beschaffen — in der Bundesrepublik kein Problem —, macht der sowjetzonalen Planwirtschaft schwere Kopfschmerzen.

Wieder einmal wird daher umorganisiert. Die Staatlichen Maschinen- und Traktorenstationen (MTS), deren Bestände nach russischem Vorbild den Produktionsgenossenschaften übergeben werden sollen, sind in *Reparatur- und Technische Stationen* (RTS) umzubilden. Sie haben mit fest stationierten und mit fliegenden Reparaturkolonnen die bisher unbewältigte Fülle der Reparaturaufgaben anzugehen. Auch die Belieferung mit Ersatzteilen, Kraft- und Schmierstoffen sowie sonstigem Material haben sie zu übernehmen.

Das Übel ist damit noch nicht beseitigt. Die Landmaschinenindustrie der SBZ hat eine zu geringe Kapazität, um die steigenden Ansprüche der Landwirtschaft zu befriedigen. Der Hauptdirektor der VVB Landmaschinen- und Traktorenbau, *Thieme*, gab sogar zu, daß dieser Mangel nicht nur für 1960 bestünde, sondern „vor allem für die Jahre 1961 bis 1963“. Von allen Maschinenbaubetrieben wird verlangt, daß sie eine zusätzliche Ersatzteilproduktion in die Wege leiten. Wegen des großen Defizits an Traktoren sollen mindestens 40 v. H. aller Traktorenarbeiten in der zweiten Schicht geleistet werden. Das macht die Ausbildung neuer Traktorenfahrer notwendig. In diesem Zusammenhang war ein Bildbericht im *Neuen Deutschland* zur Übergabe neuer Traktoren an LPG-Bauern recht aufschlußreich. Diese Übergaben nahmen nämlich Soldaten der „Volks-

armee“ vor, deren Panzerfahrer den Bauern die ersten Fahrkenntnisse vermitteln mußten. Je mehr Traktorenfahrer ausgebildet sind, desto größer ist die Reserve an Panzerfahrern.

Wie bei dem zugegebenen Rückstand in der agrartechnischen Mechanisierung das Ziel erreicht werden kann, „die Erträge so zu steigern, daß sich die DDR im wesentlichen ab 1963 mit Fleisch, Fett, Milch und Eiern selbst versorgen kann“, um „spätestens bis 1965 einen Überfluß an Lebensmitteln zu produzieren“, ist nach wie vor ein ungelöstes Rätsel — auch für Ulbricht selber, wenn er ehrlich ist. Es hängt ja nicht nur an der ungenügenden Produktion von Kolben und Zylinderlaufbuchsen. Auch Hydraulikteile und Getriebe für Geräteträger und Mähdrescher werden nicht in genügender Qualität und Menge hergestellt.

Wie es in einer Planwirtschaft geschehen kann, daß z. B. der VEB Motorenwerk Berlin-Johannisthal, der in diesem Jahre an das Mähdrescherwerk Weimar für 1,3 Mill. DM Getriebe liefern sollte, nur für 0,3 Mill. DM produzieren will und — von dem Weimarer Betrieb deshalb vor das Vertragsgericht gezerrt — von dieser staatlichen Instanz freigesprochen wird, das ist selbst mit perfektester Dialektik nicht zu erklären. Ulbricht hat der Leitung der VVB Landmaschinen- und Traktorenbau schwere Vorwürfe gemacht: „Die Voraussetzung zur Erfüllung der Pläne 1960 wurden besonders durch völlig unzureichende Abstimmung mit der Zulieferindustrie bisher nicht geschaffen.“ Bei der Produktion von Maschinen zur Frühjahrsbestellung bestünden besonders große Planrückstände. Das Schlepperwerk Schönebeck und der VEB Landmaschinenbau Torgau stünden dabei an der „Spitze“.

Über welche Schwierigkeiten wurde außerdem geklagt? Die Planerfüllung der chemischen Industrie müsse auf die jahreszeitliche Bedarfsentwicklung der Landwirtschaft endlich Rücksicht nehmen. Phosphordüngemittel, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel würden nicht ausreichend produziert. Die Kühlkette sei noch sehr lückenhaft. Die Kühl- und Lagerwirtschaft sei ein Engpaß der Lebensmittelindustrie. Der Maschinenbau stelle nicht die erforderlichen Kühlaggregate zur Verfügung. Auch an Pflanz- und Saatgut fehle es. In der Nähe der Städte und Industriezentren müßten spezialisierte Gemüseanbaubetriebe geschaffen werden. Diese Binsenwahrheit hätten die Planstrategen schon aus den Untersuchungen von *Thünen* lernen können. Jetzt tun sie so, als hätten sie eine ganz neue Erkenntnis gewonnen. Die staatlichen Handelsbetriebe müßten ihre Verpflichtungen endlich einhalten, die Gemüseproduktion auch laufend abzunehmen. Auch das scheiterte bisher vielfach am Mangel von Leicht- und Tiefkühlflächen. Bis zum 30. 6. 1960 müsse endgültig ein Programm für den Fein- und Treibgemüseanbau in der Nähe der In-

dustriezentren erarbeitet werden. Besonders in Berlin sei die Deckung des Bedarfs der Bevölkerung an Gemüse bisher nicht zureichend. Die Schweinebestände seien zu steigern. 1960 soll eine Stückzahl von 8,71 Mill. bei verkürzter Mastzeit auf 7—8 Monate erreicht werden. (Im Dezember 1952 hatte der Schweinebestand bereits mehr als 9 Mill. Stück betragen.) Auch die Milcherzeugung sei als Folge der zu niedrigen Kuhbestände ungenügend. Bis 1963 soll die Stückzahl auf 2,61 Mill. erhöht werden. Diese Zahl hatte bereits der 1. Fünfjahrplan vorsehen. Sie war jedoch nie erreicht worden.

Hält man sich diese Schwierigkeiten, Fehler und Mängel vor Augen, dann wird man das Angebot Ulbrichts, die Versorgung West-Berlins nach dessen Umwandlung in eine „freie Stadt“ zu sichern, richtig beurteilen können. Die Hausfrauen in West-Berlin möchten nicht das Los der Hausfrauen beispielsweise von Dresden teilen, von denen sehr viele im vergangenen Winter nur ein einziges Mal — und das nur nach stundenlangem Anstehen — Gemüse ergattern konnten.

Die jetzt durchgepeitschte Agrar-Revolution hat die Versorgung in ihrer alljährlich kritischsten Zeit vor dem Anschluß an die neue Ernte weiter erschwert. Der Bauer kannte keinen Achtstundentag. Sein Vieh, seine Felder, seine Maschinen waren sein Stolz, denen seine ganze Sorge galt. Er arbeitete mit Lust und Liebe trotz aller planwirtschaftlichen Bedrückung; denn er arbeitete für sich und seine Familie und fühlte sich als Glied einer Kette von Vorfahren in die gleichen Aufgaben und Pflichten eingespant. Und heute — nach der Kollektivierung? Er wurde zum Landarbeiter, zum Tagelöhner, heute hier und morgen da eingesetzt, im Rahmen des Achtstundentages ohne die Bindung an die überkommenen Leistungen und an das zu pflegende Eigentum. Ein großer Teil der fähigsten Fachleute hat die Heimat verlassen, um diesem Druck zu entgehen. Der Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft Mitteldeutschlands droht zur Katastrophe zu werden. Wenn jetzt noch Schlechtwetterperioden dazu kommen, sind die Folgen nicht abzusehen.

Bei dieser Situation gewinnt selbst ein Randproblem wie das der Schadwildbekämpfung ein verhängnisvolles Gewicht. „Zur Bewältigung der Aufgaben im Jagdwesen“, so gaben leitende Funktionäre des Landwirtschaftsministeriums zu, „werden wenigstens noch 4000 neue Kollektivjäger benötigt, damit die vorhandenen Waffen an allen Tagen in der Woche genutzt werden.“ Die Kollektivierung der Landwirtschaft bedeutet keine Erleichterung, wie man annehmen könnte; denn „das Jagdrecht ist nicht an Grund und Boden gebunden, sondern gehört der Arbeiter- und Bauernmacht. Es wird folglich nicht an die LPG übergeben, wie einige meinen. Das gesamte jagdbare Wild ist außerdem Volkseigentum, und die Leitung der Jagd

liegt in den Händen des Staates.“ Die ungewöhnlich hohen Wildschäden sind ein Kennzeichen des Versagens der staatlichen Jagdwirtschaft. Es muß daher als utopisch bezeichnet werden, daß in diesem Jahre das Schwarzwild in den Gebieten der SBZ, in denen es 1942 und früher nicht existierte, restlos liquidiert werden soll.

In der SBZ will man jetzt auch den Weg zum *Selbstwähl-Fernverkehr*, als sozialistische Rekonstruktion des Fernsprechwesens bezeichnet, beschreiten. In Ost-Berlin soll bis 1963 ein neues Fernamt entstehen, das dann im halbautomatischen Fernsprechverkehr Ost-Berlin nicht nur mit den Hauptstädten der Ostblockländer, sondern auch mit Wien, Zürich, Amsterdam, London, Paris, Kopenhagen und Stockholm verbinden kann. Das von der SED im Sommer 1952 zerschnittene Fernsprechnet zwischen West- und Ost-Berlin wieder zu verbinden, gehört hingegen nicht zu den Telefonplänen, an denen Pankow interessiert ist. Man wird also auch dann von der einen Seite der Linkstraße im Bezirk Mitte zur anderen Seite nicht telefonieren können, weil dazwischen die Sektorengrenze liegt, aber man soll dann von Ost-Berlin mit Paris und London Sofort-Wähldienst herstellen können. Auch die postalische Verknüpfung mit den Ostblockpartnern ist in der letzten Zeit enger geworden. Die Auslandstarife für Briefporto sind für diesen Bereich in Mitteldeutschland weggefallen. Ein Brief von Magdeburg nach Moskau kostet nicht mehr Porto als ein Brief nach Leipzig.

Der Staatskasse ist in einer, amtlich zwar noch nicht bekanntgegebenen, aber aus Presseverlautbarungen zu erkennenden *Änderung der Wechselkurse zum Rubel* und damit auch zu den übrigen Ostblockwährungen eine neue Belastung entstanden. Die SBZ ist eines der importabhängigsten Industrieländer der Erde. Nach der Aufwertung der Ostmark zur härtesten Währung des Ostblocks im November 1953, wodurch die Einfuhren verbilligt und die Erlöse aus der Ausfuhr erhöht wurden, war der russische Rubel nur noch 55 Ostpfennig wert. Bei der Kommentierung des letzten Handelsabkommens zwischen Moskau und Pankow ließ jedoch das *Neue Deutschland* erkennen, daß der festgelegte Warenaustausch im Werte von 50 Milliarden Valuta-Rubeln einer Summe von 52,5 Md. DM/Ost entspräche. Diese stillschweigende Abwertung der Ostmark muß die Einfuhren aus dem Ostblock, und das sind immerhin mehr als 70 vH der Gesamteinfuhr, erheblich verteuern und die Ausfuhrerlöse reduzieren. Der SBZ wird es wahrscheinlich nicht möglich sein, die Verbilligung der Ausfuhr so auszunutzen, daß durch Exportsteigerungen die verteuerten Importe finanziert werden könnten.

Möglicherweise hängt diese Wechselkursmanipulation mit sowjetischen Plänen, dem internationalen Währungsabkommen beizutret-

ten und den Rubel zu einer international anerkannten und handelsfähigen Währung zu machen, zusammen; denn nach dieser Umstellung der Ostmark hat sie — bisher allerdings nur in der ostblockinternen Verrechnung — die gleiche Relation zum Dollar wie die DM/West, nämlich 4,20 gleich 1 US-Dollar. Auch die für 1961 bekanntgegebene interne Währungsreform des russischen Rubels muß in diesem Zusammenhang gesehen werden. Auch sie könnte Auswirkungen auf die Ostmark haben. Auf jeden Fall hat ihre Ankündigung in Mitteleuropa das Vertrauen zur Währungsstabilität nicht gestärkt.

Die Einzelansätze der *Haushaltspläne* in der Zone und Ost-Berlin sind noch immer in das Dunkel einer Geheimhaltung getaucht, die in diesem Bereich nur im Ostblock angewandt wird. Da ist es ganz wissenswert zu erfahren, daß in dem Ostberliner Etat von knapp 1,8 Md. DM in Einnahmen und Ausgaben auf die VAB Ost-Berlin, die Kranken- und Sozialversicherung, im Jahre 1960 für Arbeiter und Angestellte 588 Mill. DM Einnahmen und 675 Mill. DM Ausgaben festgelegt worden sind, was einen Haushaltszuschuß von 87 Mill. DM erforderlich macht. Die Kollektivierungsmaßnahmen spiegeln sich auch in den Etatpositionen der öffentlichen Versicherung. Während für die gesamte Kranken- und Sozialversicherung in Ost-Berlin der öffentliche Zuschuß nur einen Anteil von rd. 14 vH der Beitragseinnahmen ausmachen soll, ist er für die Personengruppe der sozialversicherten Mitglieder der LPG mit rd. 280 000 DM genau so groß wie die Einnahmen aus Beiträgen. Der für die Personengruppe der Mitglieder von Handwerkerproduktionsgenossenschaften eingeplante Überschuß von 4,1 Mill. DM zeigt demgegenüber eine deutliche Schlechterstellung dieser Versicherten. Ob bei der Verschärfung der Handwerkskollektivierung eine derartige Ausgabendrosselung durchzuhalten ist, muß allerdings bezweifelt werden.

Auch eine Reihe nicht veröffentlichter Tatbestände aus dem Ostberliner Wirtschaftsleben geht aus dem internen Etat-Material hervor. Einer der wichtigsten Industriezweige in Ost-Berlin, die elektrotechnische Industrie, verursachte im Jahre 1959 für 75 Mill. DM außerplanmäßige Verluste durch Ausschußproduktion, Nacharbeiten und Garantieleistungen — hierfür insgesamt 90 vH dieses Verlustes — sowie durch Vertragsstrafen, überhöhte Zinsen und andere ungeplante Kosten. Die Höhe dieses außerplanmäßigen Verlustes wird deutlicher, wenn man demgegenüber berücksichtigt, daß die im Jahre 1960 für den gleichen Industriezweig in Ost-Berlin bestimmten Investitionsmittel für Kapazitätserweiterung und Rationalisierung mit 74 Mill. DM fast die gleiche Summe betragen. Für die chemische Industrie Ost-Berlins rechnet der Plan 1959 mit einer Ausschußquote von 5,9 vH, was einem Wert von 1,8 Mill. DM ent-

spräche. Bis zum 30. 9. 1959 hatte sich die Ausschußquote aber bereits auf 8,3 vH erhöht.

Die angespannte Kostensituation der Industrie der SBZ ist kein Geheimnis. Doch auch andere Wirtschaftszweige haben keinen „goldenen Boden“. Auf 100 DM Produktionswert bzw. Handelumsatz entfielen 1959 in Ost-Berlin folgende Kostensätze:

kommunaler Großhandel	4,50 DM
Staatl. Einzelhandel	12,02 DM
volkseigene Güter und Gartenbaubetriebe	106,70 DM
Mastbetriebe	107,30 DM
Baustoffindustrie	89,10 DM
Bauwirtschaft	90,90 DM
Kfz-Rep.-Betriebe	95,44 DM
Leichtindustrie	89,44 DM
Textilindustrie	90,46 DM
Holzindustrie	87,49 DM
Lebensmittelindustrie	99,90 DM
örtl. ehem. Industrie	80,29 DM
Mal- und Zeichenbedarf	110,00 DM
örtl. metallverarbeitende Industrie	86,30 DM

Die Ostberliner Lebensmittelindustrie mußte 1959 mit 3,2 Mill. DM subventioniert werden, um den Verlustsaldo ausgleichen zu können.

Wir haben an dieser Stelle schon mehrfach auf die *Ursachen der Verlustwirtschaft der Staatsbetriebe* der SBZ hingewiesen. Auf einer Mitgliedervollversammlung der SED in einem der führenden Maschinenbaubetriebe, im VEB Chema Rudisleben, wo Ausrüstungen für die chemische Industrie hergestellt werden, fielen kürzlich zu diesem Thema offene Worte. Genosse *Schwanz* führte aus: „Wir haben gerade noch Glück gehabt, für einige Erzeugnisse das Gütezeichen 1 zu erhalten. Wenn wir uns nicht anstrengen, bessere Qualität auf den Markt zu bringen, werden wir eines Tages nicht nur Planschulden (also Produktionsrückstände), sondern auch Absatzschwierigkeiten haben. Und ich sage auch ganz offen, wie die Qualitätsschulderei zustande kommt. Anfang des Monats schreiben wir Wartestunden. Die letzten Tage im Monat heißt es dann: nun aber druff, Kollegen! Es ist noch alles drin. Überstunden und schlechte Qualität kennzeichnen die Unfähigkeit der Leitung.“ Das Jahresergebnis dieses Betriebes zeigte die Nichterfüllung des Produktionsplanes, wodurch Exportschulden im Werte von 1,2 Mill. DM verursacht wurden, und das bei einer Überziehung des Lohnfonds um 4,3 vH und einer Untererfüllung des Planes der Arbeitsproduktivität um 13 vH.

Es ist gar nicht abzusehen, welches Maß an gutem Willen und an Leistungen der mitteldeutschen Arbeiterschaft in den ständigen Planstörungen, Fehlentscheidungen und sonstigen Reibungsverlusten der Staatswirtschaft der SBZ sinnlos vertan wird. Nur selten geschieht es, daß sich die Vernunft der Fachleute durchsetzen kann,

SOWJETZONE

wenn sie in Widerspruch zu staatlichen Anordnungen gerät. Der ältesten deutschen Porzellanmanufaktur, der Manufaktur Meißen, war allen Ernstes zugemutet worden, hochbezahlte Spezialisten und wertvolle Brennkapazität für die Herstellung von Messerschärfen einzusetzen. Nach kurzer Zeit ist den Männern der „Porzelline“ der Kragen geplatzt und sie haben diesen Unsinn beendet. So zu reagieren, ist nicht

ungefährlich, doch sie riskierten es schon einmal, als die sächsischen Kurschwerter, ihr weltbekanntes Firmenzeichen, durch Hammer und Sichel ersetzt worden waren. — Wo allein das politische Dogma herrscht, muß es zu Konflikten mit den Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft kommen. Und das kostet meistens viel Geld — der Steuerzahler.

Dr. Walter Meier